

ANTRAG

des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos

Deutsche Souveränität bewahren - Schuldenunion verhindern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Einer Finanzierung von Hilfsmaßnahmen durch andere Instrumente gemeinsamer Verschuldung, wie etwa europäische Staatsanleihen (sogenannte „Euro-Bonds“, „Recovery-Bonds“ oder „Corona-Bonds“), erteilt der Landtag eine klare Absage. Sie entsprechen nicht dem Gedanken der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich freilich zum ursprünglichen Konzept des europäischen Einigungsprozesses im Sinne eines Europas der Vaterländer (Charles de Gaulle), betont aber zugleich die Eigenverantwortung einer jeden Regierung für die Entwicklung des eigenen Landes sowie die Wohlfahrt seiner Bürger. Nachbarschaftlicher Solidarität müssen nationale Bemühungen um eine starke Wirtschaft, ein nachhaltiges Sozialwesen und stabile Finanzen vorausgehen.

II. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene mit allen verfügbaren Mitteln dafür einzusetzen, dass der vom französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, und der deutschen Kanzlerin, Angela Merkel, angestrebte EU-Wiederaufbaufonds nicht realisiert wird.

Holger Arppe, MdL

Begründung:

Unbenommen aller europäischen Solidarität bleibt zu beachten, dass auch Deutschland selbst bei der Bewältigung der Corona-Krise vor sehr großen finanziellen Herausforderungen steht. Der Finanzierungsanteil der Bundesrepublik Deutschland kann deshalb nicht unverhältnismäßig ansteigen, zumal Deutschland bereits heute die weltweit höchste Steuer- und Abgabenlast aufweist, beim Pro-Kopf-Vermögen privater Haushalte jedoch weit hinter den südeuropäischen Ländern liegt. Mithin sind die Deutschen keineswegs so reich, wie gerne suggeriert wird. Ferner ist zu beachten, dass Deutschland über seinen Anteil an der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie weitere Verpflichtungen bereits erhebliche Risiken mitträgt. Eine gemeinsam getragene Schuldenaufnahme, also eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden innerhalb der EU, ist folgerichtig abzulehnen. Die Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik liegt in der Verantwortung der jeweiligen Mitgliedstaaten. Diese Verantwortung muss sich in einer glaubwürdigen nationalen Haftung widerspiegeln. Eine Vergemeinschaftung von Schulden würde diese Einheit von Handeln und Haftung aufheben: Ein Land müsste für die Schulden des anderen mithaften, ohne Einfluss auf die dortige Politik nehmen zu können. Außerdem bestünde die erhebliche Gefahr, dass am Ende nicht jene profitieren, die in dieser Situation wirklich Unterstützung benötigen. Der Wiederaufbaufonds als „Euro-Bonds durch die Hintertür“ könnte vielmehr zu einem Sicherungsinstrument für die großen Gläubiger bisheriger Schuldner, wie Hedge-Fonds, Investmentbanken und Großanleger, werden. Letztlich würde durch eine Schuldenunion - in welcher Form auch immer eine solche schließlich Gestalt annähme - auch das Haushaltsrecht des Bundes und damit indirekt auch des Landes Mecklenburg-Vorpommern beeinträchtigt. Jeder Euro, der in eine deutsche Mithaftung für die Schulden anderer Länder wandert, fehlt bei Bundesmitteln, die ansonsten gegebenenfalls Mecklenburg-Vorpommern zugute kämen.